

Eine erste Einschätzung zur AP 2022+

# Akuter Handlungsbedarf

**Mit seiner Gesamtschau zur Agrarpolitik hat der Bundesrat vor Monaten einiges an Unsicherheit und Unverständnis ausgelöst. Eine Ausrichtung die nichts, aber auch gar nichts mit dem Volkswillen gemäss der Abstimmung zur Ernährungssicherheit zu tun hat. Deswegen war die ganze Branche gespannt auf den Vorschlag der Bundesverwaltung zur Agrarpolitik 2022+.**

Positiv betrachtet fällt auf, dass der Zahlungsrahmen unverändert bleibt und die sehr neoliberalen Ansätze der Gesamtschau nur beschränkt einen Niederschlag gefunden haben. Das war's dann aber schon!

Negativ fällt auf den ersten Blick die Umverteilung der Versorgungssicherheitsbeiträge in Betriebspauschalen auf. Hier wurde wohl dem BLW bewusst, was die Flächenbeiträge in den vergangenen Jahren alles angerichtet haben. Im Vorfeld der AP 2014+ wurde dies alles vehement bestritten! Aber es ist genauso gekommen, wie die Branche es vermutete: Nicht mehr Flächen standen zur Disposition, sondern weniger, und die Pachtzinse kamen zunehmend unter Druck. Eine Betriebspauschale, das ist die verzweifelte Lösung des BLW, um Gegensteuer zu geben und klamm-



Die AP 2022+ hat grossen Einfluss auf alle Bereiche der Landwirtschaft. Bild: Pixabay

heimlich die Beiträge zur Versorgungssicherheit umzuverteilen. Eine Entwicklung, die so komplett gegen die Volksabstimmung läuft! Bei dieser war die Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln der Schlüssel zu dem mehr als eindeutigen Abstimmungsresultat. Weiter fällt auf, dass das BLW erstmals das bäuerliche Boden- und Pachtrecht unter Beschuss nimmt und erste Liberalisierungsschritte vorsieht. Hier gibt es nur eins: Wehret den Anfängen. Das heutige Gesetz, welches sich über Jahre bewährt hat, darf keinesfalls so abgeändert werden, dass die Position der Schweizer Bauernfamilien geschwächt wird!

Enttäuschend ist auch, dass Bundesrat Johann Schneider-Ammann in der Vergangenheit die administrative Vereinfachung ins Zentrum der Bemühungen der Verwaltung stellte und pausenlos Versprechungen machte – lei-

der nur ohne Resultate! Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Verwaltung bereit ist, diese Versprechen einzulösen – im Gegenteil.

Passend zu dieser ersten groben Einschätzung haben die Delegierten des Schweizer Bauernverbands an der Jahresversammlung fast einstimmig eine Resolution zur Agrarpolitik 22+ verabschiedet. Aus Sicht des Dachverbandes bringt die erneute Gesetzesreform zu wenig Mehrwert, um die damit verbundenen langen Diskussionen in Parlament und Öffentlichkeit sowie die internen Verteilungskämpfe zu rechtfertigen. Die nötigen Änderungen liessen sich auch auf Verordnungsebene umsetzen. Besonders störend ist für den SBV, dass der erteilte Volksauftrag nach der klaren Annahme des Artikels 104a zur Ernährungssicherheit immer noch nicht beim Bundesrat angekommen ist. Ebenso stösst er sich an den wiederum grossen Änderungen im Direktzahlungssystem und dem Fehlen einer administrativen Vereinfachung. Die nicht vorhandene Stabilität der Rahmenbedingungen bindet unnötig unternehmerische Ressourcen auf den Betrieben.

■ Ferdi Hodel, Geschäftsführer ZBV

## Info

Der SBV hat die Resolution zur AP 2022+ an seiner Delegiertenversammlung vom 22. November verabschiedet. Die verabschiedete Resolution des SBV finden Sie auf unserer neuen Website [www.zbv.ch](http://www.zbv.ch). ■